



Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Stadttrat	17.07.2024	öffentlich	Beschluss

Betreff:

**Gesamtkosten- und Finanzierung des Bau- und Kulturentwicklungsvorhabens
Kongresshalle**

Anlagen:

- 01_Sachverhalt
- 02_Förderkonzept_KOH
- 03_Meilensteine Kongresshalle 2024_2028
- 04_Stellungnahme Ref I_II vom 20240703

Sachverhalt (kurz):

Die Stadt Nürnberg hat sich darauf verständigt, die in der Kongresshalle bereits vorhandene kulturelle Nutzung signifikant und zukunftsgerichtet zu erweitern. Das Kulturareal Kongresshalle wird zukünftig das erweiterte Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände, das Staatstheater Nürnberg, die Ermöglichungsräume für Kunst und Kultur sowie die Nürnberger Symphoniker als nutzende Einrichtungen am Standort vereinen.

Die Schadstoffsanierung als vorbereitende Maßnahme ist bereits in vollem Gang. Derzeit befindet sich die Gesamtmaßnahme "Bestandsbau Kongresshalle" in der sehr weit fortgeschrittenen Leistungsphase 3 der HOAI. Für den Ergänzungsbau der Spielstätte des Staatstheaters Nürnberg (STN) liegen Angebote vor. Gleichmaßen sind die berechneten Kosten auch für die beiden Ausbauprojekte "STN-Spielstätte" und "Ermöglichungsräume für Kunst und Kultur" Gegenstand dieser Entscheidungsvorlage.

Die Beschlussfassung durch den Stadtrat ist Voraussetzung für das Erwirken von Förderbescheiden sowie die Veröffentlichung weiterer Ausschreibungen und damit die Grundlage einer zeitgerechten Planung und Baudurchführung des Zukunftsprojektes für Kunst, Kultur und Demokratiebildung.

1. Finanzielle Auswirkungen:

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)

- Ja

Kosten noch nicht bekannt

Kosten bekannt

<u>Gesamtkosten</u>	296,2 Mio €	<u>Folgekosten</u>	vgl. Pkt 6 € pro Jahr
		<input checked="" type="checkbox"/> dauerhaft	<input type="checkbox"/> nur für einen begrenzten Zeitraum
davon investiv	296,2 Mio €	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?

(mit Ref. VII / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. VII / Stk in Kenntnis gesetzt)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:
Bis zur Inbetriebnahme ist noch Zeit um konsumtive Kosten rechtzeitig anzumelden. Nach Vorlage der berechneten investiven Kosten können diese nun präzisiert zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- Nein (→ weiter bei 3.)
 Ja
 Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans
 Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)
 Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:
Bis zur Inbetriebnahme ist noch Zeit, um präzisierte Kapazitätsbedarfe abzustimmen. Das Betriebskonzept der Ermöglichungsräume wird im Herbst 2024 im zuständigen Ausschuss vorgestellt.

3. Diversity-Relevanz:

- Nein
 Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:
Die Kongresshalle ist von hoher Relevanz für die gesamte (Stadt-) Gesellschaft.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

- RA und DiP** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)
- Ref. I/II**
- Ref. VI**
-

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat stimmt dem Vorschlag zur Gesamtfinanzierung der Baumaßnahmen in und an der Kongresshalle wie dargestellt zu und beauftragt die Verwaltung, alle notwendigen Schritte zur Realisierung des Bau- und Kulturentwicklungsvorhabens entsprechend des vorgelegten Zeitplanes umgehend in die Wege zu leiten und insbesondere die anstehenden Vergaben für die Teilmaßnahme "Substanzerhalt und grundsätzlichen Nutzbarmachung" vorzunehmen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, im Zuge der weiteren Planung bis zum project-freeze Optimierungen insbesondere im Bereich der technischen Anlagen zu realisieren. Dabei sollen auch alternative Modelle der Beschaffung (contracting) geprüft werden, um den kommunalen Eigenanteil am Bauprojekt möglichst zu minimieren.
3. Die Bestrebungen zur Errichtung einer Stiftung durch Bund, Land und Stadt (Sitzung des Stadtrats vom 19.06.2024) zum dauerhaften Betrieb der Kongresshalle werden nochmals nachdrücklich unterstützt.